

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Gabriele Wieland (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Prognose der Einwohnerzahlen

Die **Kleine Anfrage 1822** vom 22. August 2013 hat folgenden Wortlaut:

M. Schilling zeigt in einer Expertise für den 14. Kinder- und Jugendbericht, dass in Westdeutschland die Zahl der Null- bis Sechsjährigen kaum zurückgehen wird. Margit Gottstein, die Staatssekretärin des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, schreibt dazu in ihrem Bericht für die Mitglieder der Enquete-Kommission Kommunale Finanzen vom 27. Mai 2013 (Vorlage EK 16/1-72): „Für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zeigt dies unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten, dass mit einem grundsätzlichen demografischen Rückgang der Geburtenzahlen und entsprechend frei werdender und anderweitig zu verplanender Raum- und Platzkapazitäten nicht gerechnet werden kann.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Sieht die Landesregierung in der Folge auch für die Schülerzahlen der Grundschüler keinen weiteren Rückgang?
2. Wie wirkt sich dies auf die Planung des Bedarfs an Lehrkräften aus?
3. Wie prognostiziert die Landesregierung nach diesen Zahlen den Bedarf an Kita-Plätzen unter Berücksichtigung steigender Belegungszahlen?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. September 2013 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Landesregierung erstellt jährlich eine Modellrechnung zur voraussichtlichen Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler. Dabei wird auf die Ergebnisse der jeweils aktuellsten „Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung“ des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen. Für den Bereich der Grundschulen ist nach derzeitigem Informationsstand von einem anhaltenden Rückgang der Schülerzahlen bis ca. 2018 auszugehen. Im Anschluss werden sich die Schülerzahlen an den Grundschulen aller Voraussicht nach wieder stabilisieren bzw. leicht steigen.

Die tatsächliche Entwicklung der Schülerzahlen wird von einer Vielzahl an Einflussfaktoren bestimmt, die nur schwer abgeschätzt werden kann. Neben der Entwicklung der Geburtenzahlen ist hier insbesondere auf die Wanderungsbewegungen zwischen Rheinland-Pfalz und den anderen Ländern sowie anderen Staaten hinzuweisen. Gerade die jüngst sprunghaft gestiegene Zuwanderung aus den Krisenländern Süd- und Südosteuropas entzieht sich einer validen Quantifizierung.

Zu Frage 2:

Änderungen bei den Modellrechnungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler werden selbstverständlich bei der Planung des mittelfristigen Bedarfs an Lehrkräften berücksichtigt. Da die Modellrechnungen aber mit Unsicherheiten versehen sind, erfolgt die konkrete Personalplanung für die Schulen auf Basis der von den Schulen gemeldeten voraussichtlichen Schülerzahlen. Diese sind für ein bevorstehendes Schuljahr erstmals in den von den Schulen zum 15. März zu erstellenden vorläufigen Gliederungsplänen enthalten.

b. w.

Zu Frage 3:

Die Expertise „Welche Auswirkungen haben die demografischen Veränderungen auf die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe? Materialien zum 14. Kinder- und Jugendbericht“ (Deutsches Jugendinstitut 2013, einsehbar unter: <http://www.dji.de/bibs/14-KJB-Expertise-Schilling.pdf>) weist gemäß der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ab Seite 10 für Westdeutschland ab 2014 ein moderates Anwachsen der Altersgruppe von Kindern unter drei Jahren aus.

Auch die Prognose des Statistischen Landesamtes bezogen auf die mittlere Variante der Bevölkerungsentwicklung schätzt für Rheinland-Pfalz für die Jahre bis 2020 einen moderaten Anstieg in dieser Altersgruppe, wobei sich dies regional unterschiedlich abbildet (vgl. Statistisches Landesamt, Rheinland-Pfalz 2060, Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2013, S. 110, einsehbar unter: http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/nach_themen/stat_analysen/RP_2060/RP_2060.pdf). Von 2020 an wird ein erneuter Rückgang in dieser Altersgruppe bis zum Jahr 2030 von ca. 10 % prognostiziert.

Der Bericht der Enquete-Kommission verweist darauf, dass hinsichtlich der kurz- und mittelfristigen demografischen Entwicklung nicht selbstverständlich von einem Rückgang der Kinderzahlen auszugehen ist. Dies ist für die Kindertagesstätten-Bedarfsplanung in Verantwortung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bedeutsam.

Im Ergebnis geht die Landesregierung von einer regional unterschiedlichen Bedarfsentwicklung aus. Neben den aufgezeigten Geburtenentwicklungen wird angenommen, dass dieser Bedarf abhängig ist von der Entwicklung der Besuchsquoten, die wiederum von der Lebenssituation der Familien vor Ort mitgeprägt sind.

Irene Alt
Staatsministerin